

**Einrichtung einer Tempo-30-Zone an der Prinzregentenstraße
zwischen Europaplatz und Prinzregentenplatz**

Empfehlung Nr. 20-26 / E 02585
der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 05 - Au-Haidhausen
vom 01.04.2025

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18422

Anlage: BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 02585

**Beschluss des Bezirksausschusses des 05. Stadtbezirkes Au-Haidhausen vom
21.01.2026**

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Die Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 05 - Au-Haidhausen hat am 01.04.2025 die Empfehlung Nr. 20-26 / E 02585 beschlossen. Sie hat zum Inhalt, die zulässige Höchstgeschwindigkeit in der Prinzregentenstraße zwischen Europaplatz und Prinzregentenplatz auf 30 km/h zu beschränken. Als Gründe für die Forderung werden eine Sicherheitsgefährdung der Radfahrer*innen und Fußgänger*innen durch die auf der Fahrbahn mit 50 km/h fahrenden Kraftfahrzeuge und eine erhebliche Belästigung durch Lärm und Schadstoffemissionen genannt. Zudem werden stationäre Emissionsmessungen in den Herbst- und Wintermonaten gefordert.

Die Empfehlung betrifft einen Vorgang, der nach Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Gemeindeordnung (GO) in Verbindung mit § 22 Abs. 1 Nr. 23 der Geschäftsordnung des Stadtrates zu den laufenden Angelegenheiten zu zählen ist. Da es sich um eine Empfehlung einer Bürgerversammlung handelt, die in ihrer Bedeutung auf den Stadtbezirk beschränkt ist, muss diese nach Art. 18 Abs. 5 Satz 1 GO i.V.m. § 2 Abs. 4 Satz 1 Bürger- und Einwohnerversammlungssatzung vom Stadtrat bzw. Bezirksausschuss und gemäß § 9 Abs. 4 der Bezirksausschuss-Satzung (BA-Satzung) vom zuständigen Bezirksausschuss behandelt werden, zu dessen Information Folgendes auszuführen ist:

Die Prinzregentenstraße ist im gegenständlichen Abschnitt eine vierspurige Hauptverkehrsstraße mit stattfindendem Buslinienverkehr, die der Aufnahme, Bündelung und zügigen Abführung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) dient. Parallel zur Straße verlaufende Geh- und Radwege sind baulich voneinander und der Fahrbahn getrennt.

Die Prüfung des Sachverhalts ergab, dass die Anordnung von Tempo 30 in der Prinzregentenstraße zwischen Europaplatz und Prinzregentenplatz aus Verkehrssicherheitsbelangen derzeit nicht in Frage kommt, da für die Verkehrsteilnehmer*innen keine Gefahren bei der

Benutzung der Verkehrsflächen nachweisbar sind (insbesondere nicht für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen im – von der Fahrbahn abgegrenzten – Seitenraum).

Ob eine Reduzierung der Geschwindigkeit aus Lärmschutzgründen geboten sein könnte, befindet sich derzeit in Prüfung. Allgemeingültig kann ausgeführt werden, dass die Anordnung von Geschwindigkeitsbeschränkungen aus Lärmschutzgründen auf 30 km/h regelmäßig eine Einzelfallprüfung voraussetzt. Dabei sind die Erfordernisse einer Gefahrenlage und die Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit eine wesentliche Voraussetzung. Es ist stets auf die konkreten örtlichen und verkehrlichen Umstände des Einzelfalls einzugehen und die Prüfung jedes einzelnen Straßenzugs setzt ausführliche Sachverhaltsermittlungen, etwa durch Ortsbesichtigungen sowie Stellungnahmen und Berechnungen durch die beteiligten Fachreferate voraus.

Eine Ersteinschätzung ergab, dass in der Prinzregentenstraße im Abschnitt Europaplatz und Prinzregentenplatz aus Lärmschutzgründen verkehrsrechtliche Maßnahmen durchaus gerechtfertigt sein könnten. Hier sind für eine im pflichtgemäßen Ermessen zu treffende Entscheidung jedoch vertiefende Ermittlungen und Verhältnismäßigkeitsprüfungen erforderlich. Vom Stadtrat wurde im November 2024 die Fortschreibung des Lärmaktionsplans beschlossen. In der 4. Fortschreibung des Lärmaktionsplans sind insgesamt 26 verkehrliche Maßnahmen enthalten, die durch das Mobilitätsreferat in den kommenden Jahren zu prüfen sind. Zu den 26 Prüfaufträgen gehört u.a. die Prinzregentenstraße.

Zur Forderung bzgl. Durchführung stationärer Emissionsmessungen im Abschnitt zwischen Villa Stuck und Neherstraße kann – differenziert zwischen Lärm und Luft – Nachstehendes ausgeführt werden.

Lärmmessungen

Zur Beurteilung der Lärmbelastung durch Straßen- und Schienenverkehr werden grundsätzlich Berechnungen durchgeführt. Messungen des Verkehrslärms führen nicht zu reproduzierbaren und repräsentativen Ergebnissen (Witterungsbedingungen, Verhalten der Autofahrer*innen, Störgeräusche usw.), deshalb können mit Messergebnissen auch keine nachvollziehbaren Vergleiche erstellt werden. Sie geben außerdem nur die Momentansituation für einen Ort zu einem bestimmten Zeitpunkt wieder.

Das Bundesverkehrsministerium hat daher u. a. auch wegen der Vergleichbarkeit und bundesweiten Gleichbehandlung für die Beurteilung von Verkehrsgeräuschen die Berechnung der Schallimmissionen nach den Richtlinien „Lärmschutz an Straßen (RLS - 90)“ bzw. „Richtlinie zur Berechnung der Schallimmissionen von Schienenwegen - Schall 03“ jeweils auf der Basis von Verkehrsmengen vorgeschrieben. Die Richtlinien zur Berechnung der Schallimmissionen hinsichtlich der Schallausbreitung gehen von leichtem Wind (ca. 3 m/s) vom Verkehrsweg zum Immissionsort und von Temperaturinversion aus. Dies führt in der Regel zu höheren Beurteilungspegeln als bei Messungen, d. h. die berechneten Schallimmissionen liegen zugunsten der Betroffenen auf der sicheren Seite.

Ergänzend ist hier anzumerken, dass zur Beurteilung von Geräuschen über die Zeit gemittelte Beurteilungspegel herangezogen werden und nicht die Spitzenpegel, die bei der Vorbeifahrt einzelner Fahrzeuge erreicht werden. Dies ist gesetzlich so vorgeschrieben. Da Lärmpegelmessungen - wie oben ausgeführt - nicht zu Ergebnissen führen, die aus rechtlicher Sicht geeignet sind, nachvollziehbare Vergleiche zu erstellen und Ansprüche gegenüber Dritten geltend zu machen, werden vom Referat für Klima und Umwelt (RKU) auch grundsätzlich keine Verkehrslärmmessungen durchgeführt.

Eine Installation von Geräten zur temporären Lärmmessung scheidet somit aus.

Luft- bzw. Schadstoffmessungen

Für die Überwachung der Luftqualität ist grundsätzlich das Bayerische Landesamt für Umwelt zuständig. Dazu betreibt es das Lufthygienische Landesüberwachungssystem Bayern. Neben den sog. LÜB-Stationen werden durch das RKU zusätzliche Messungen für Stickstoffdioxid an 51 Standorten durchgeführt.

Danach befinden sich seit 2019 in der Prinzregentenstraße 74 und Prinzregentenstraße 115 jeweils eine solche Messstation des RKU, welche die vorhandene Stickstoffdioxidbelastung misst.

Auf der unter <https://stadt.muenchen.de/infos/immissionsmessungen-muenchen.html> befindlichen Übersicht der Messergebnisse 2024 ist zu erkennen, dass seit 2019 bis 2024 ein kontinuierlicher Rückgang der Belastung mit Stickstoffdioxid in der Prinzregentenstraße gemessen wurde. Lag an der Messstation Prinzregentenstraße 74 die Belastung mit Stickstoffdioxid im Jahr 2019 noch bei einem Jahresmittelwert von $48\mu\text{g}/\text{m}^3$, ist für das Jahr 2024 ein Jahresmittelwert von nur noch $27\mu\text{g}/\text{m}^3$ dokumentiert. Der Wert für 2024 liegt somit unterhalb des nach § 3 Abs. 2 der 39. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchV) zum Schutz der menschlichen Gesundheit festgelegten Grenzwert für Stickstoffdioxid von $40\mu\text{g}/\text{m}^3$. Die geforderte Messstation zur Schadstoffbelastung im Abschnitt Villa Stuck bis Neherstraße ist mit der Station an der Prinzregentenstraße 74 insoweit bereits vorhanden.

Der Empfehlung Nr. 20-26 / E 02585 der Bürgerversammlung des 05. Stadtbezirkes Au-Haidhausen vom 01.04.2025 kann nach Maßgabe der Ausführungen nicht entsprochen werden.

Dem Korreferenten des Mobilitätsreferates, Herrn Stadtrat Schuster, und dem zuständigen Verwaltungsbeirat des Mobilitätsreferates, Geschäftsbereich Verkehrs- und Bezirksmanagement, Herrn Stadtrat Hammer, ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

II. Antrag des Referenten

Ich beantrage Folgendes:

1. Von der Sachbehandlung als einem Geschäft der laufenden Verwaltung (§ 22 GeschO) wird mit folgendem Ergebnis Kenntnis genommen:

Eine Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h in der Prinzregentenstraße zwischen Europaplatz und Prinzregentenplatz ist aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht erforderlich – und damit verkehrsrechtlich derzeit nicht möglich. Ob die Vornahme einer Geschwindigkeitsabsenkung aber Gründe des Lärmschutzes rechtfertigen könnten, wird derzeit im Rahmen der Fortschreibung Lärmaktionsplans untersucht. Die Installation von Geräten zur temporären Lärmmessung scheidet aus (weil Verkehrslärm berechnet -, und nicht gemessen wird). Messstationen bzgl. Erfassung der Schadstoffbelastung, nämlich zwei Stück, sind in der Prinzregentenstraße bereits verbaut.

2. Die Empfehlung Nr. 20-26 / E 02585 der Bürgerversammlung des 05. Stadtbezirkes Au-Haidhausen am 01.04.2025 ist damit gemäß Art. 18 Abs. 5 der Gemeindeordnung behandelt.

III. Beschluss

nach Antrag

Der Bezirksausschuss des 05. Stadtbezirkes Au-Haidhausen der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende

Der Referent

Jörg Spengler

Georg Dunkel
Berufsmäßiger Stadtrat

IV. WV Mobilitätsreferat – GL5

zur weiteren Veranlassung

Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdrucks mit dem Original wird bestätigt.

An den Bezirksausschuss 05 Au-Haidhausen

An das Direktorium – BA-Geschäftsstelle Ost

An D-II-V / Stadtratsprotokolle

An das Polizeipräsidium München - Abt. E 4

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

V. An das Direktorium – HA II/BA

☐

Der Beschluss des BA 05 - Au-Haidhausen kann vollzogen werden.

☐

Der Beschluss des BA 05 - Au-Haidhausen kann/soll aus rechtlichen/tatsächlichen Gründen **nicht** vollzogen werden, ein Entscheidungsspielraum besteht/besteht nicht (Begründung siehe Beiblatt).

☐

Der Beschluss des BA 05 - Au-Haidhausen ist rechtswidrig (Begründung siehe Beiblatt).

VI. Über MOR-GL5

zurück zum MOR-GB2.211

zur weiteren Veranlassung